

KURT RABL

DAS
SELBSTBESTIMMUNGSRECHT
DER VÖLKER

Geschichtliche Grundlagen
Umriß der gegenwärtigen Bedeutung

Ein Versuch

Zweite, umgearbeitete und erweiterte Auflage
With a Summary in English



1973

BÖHLAU VERLAG KÖLN WIEN

INHALT

Vorworte zur ersten und zweiten Auflage XVII

I. Einleitung 1

Geschichtliche Wurzeln der Selbstbestimmungsidee: Nationalgedanke, Widerstandsrecht

II. Die Entwicklung bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 4

Macchiavelli — Thomas Morus — Luther — Calvin — Jean Bodin — Edward Coke — Henry Grattan und die irische Renunciation Act (1783) — Edmund Burke — das französ. Dekret „über das Recht zur Kriegserklärung und zum Friedensschluß“ (1790) — Avignon und Vanaissin — Irland 1798 — die deutschen Befreiungskriege — die Balkanvölker und Südamerika zu Beginn des 19. Jahrhunderts — der griechische Unabhängigkeitskrieg — Canning und die Monroe-Doktrin — die belgische Unabhängigkeitserklärung — Guiseppe Mazzini und sein „Bruderschaftspakt des Jungen Europa“ (1834), — die deutsche Revolution (1848/49) und die Verfassungsfrage des österreichischen Kaiserstaates: Verfassungsausbau oder Verfassungsumsturz — das Kommunistische Manifest — Palacký und Kossuth, Mancini und Gladstone — die italienischen Einigungskämpfe — die Vereinigung der ionischen Inseln mit Griechenland (1863) — irische und kanadische Bewegungen 1840-65, die *British North America Act* (1876) und der Beginn des Verfassungsumbaus des Britischen Reiches — John Stuart Mill, John Acton (1862) — Bluntschlis Formulierung des „Nationalitätsprinzips“ (1866) — Ernest Renan

III. Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg 32

Das Programm der I. Sozialistischen Internationale und die polnische Frage vor und nach 1863 (die erste Erwähnung des Wortes „Selbstbestimmungsrecht“) — Guiseppe Mazzinis „irredentistisches Programm“ (1866) — Nationalismus und Nationalitätenkämpfe in Österreich-Ungarn bis zur Jahrhundertwende — Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen — das Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie (1868/99: Karl Renner und die theoretische Vertiefung des Begriffs „Selbstbestimmungsrecht der Völker“) — Finnland, Norwegen und Irland: Selbstbestimmungsbewegungen um die Jahrhundertwende — Edward Carsons Absage an das „*home-rule*“-Programm: Selbstbestimmung und nationale Minderheiten — österreichisch-ungarische Verfassungskämpfe 1903-13 — die Idee der Menschenrechte und die Idee der Massenvertreibung am Vorabend und zu Beginn des Ersten Weltkriegs

IV. Der Erste Weltkrieg 55

Die vier Bereiche der Entfaltung des Selbstbestimmungsgedankens: die Sozial-

demokratie in Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien und Westeuropa — die Kriegszielpolitik der Regierungen: die „Zwei-Kaiser-Proklamation“ über Polen (1916), die Entente-Erklärungen (1917) — Woodrow Wilson 1916/17 — Lenin und die Entwicklung des Selbstbestimmungskonzepts der SDAPR 1896-1917; die Dekrete und Erklärungen der Oktoberrevolution — die Unabhängigkeit Finnlands — Brest-Litowsk — die ukrainische Frage (55)

Das Organische Statut für die Philippinen (1916) — Wilsons Vierzehn Punkte und seine Folgebotschaften — die Wirkung auf Österreich-Ungarn, insbes. das kaiserl. Manifest v. 16./17. Okt. 1918 — Josef Seligers Idee der Gegenseitigkeit des Selbstbestimmungsrechts — britische Probleme: der irische Osteraufstand 1916, das indische Programm 1917 — die Pariser Friedenskonferenz und der Panafrikanische Kongreß (1919) (76)

V. Die Entwicklung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 96

Die Ausdeutung des Selbstbestimmungsgedankens durch Lenin, Stalin und Trotzky: Theorie und Praxis der bolschewistischen Nationalitäten- und Selbstbestimmungspolitik 1918-24 (Finnland, die baltischen Staaten, Polen, die Ukraine, der Kaukasus und Mittelasien) — der „ethnographische Determinismus“ der Pariser Friedenskonferenz: die Verträge von 1919/20 und das Selbstbestimmungsrecht — die Ålandfrage: das Sachverständigengutachten des Völkerbundes betr. die damalige Rechtsnatur des Selbstbestimmungsgrundsatzes; Kritik an Hand der gleichzeitigen Staatenpraxis (insbesondere Sowjetrußlands und anderer Oststaaten) — Entwicklungen innerhalb des Britischen Reiches: Ägypten 1914-22, Irland 1917-37 — die neuen Nationalitätenstaaten des östlichen und südöstlichen Mitteleuropa: das System vertraglicher Minderheitenschutzrechte und seine Mängel — Fortentwicklung der revolutionären Selbstbestimmungstheorie der kommunistischen Internationale (Manuilsky 1923) (96)

Selbstbestimmungsentwicklungen innerhalb des angelsächsischen Bereichs: Indien 1921-23, Gandhis „*swaraj*“-Gedanke; die Reichskonferenz von 1926; das *Westminster-Statut* von 1931; die *Government of India Act* von 1935; USA: philippinisches Unabhängigkeitsgesetz und kubanischer Verselbständigungsvertrag (1934) — Südrhodesien 1922/23: die Frage der Selbstbestimmungs„befugnis“ bei ethnisch gemischter Bevölkerung — die Verselbständigung des Irak 1932: Ausblick auf die Mandatspraxis des Völkerbundes unter Selbstbestimmungsgesichtspunkten — Selbstbestimmungsbewegungen innerhalb des damals französischen Nordafrika: das Neun-Punkte-Programm des tunesischen „*Destour*“ (1920) und der „*Plan des réformes*“ marokkanischer Oppositioneller (1934) (141)

Der Übergang vom Osmanischen Reich zur Türkischen Republik 1913-23 — die Lösung der „*batay*“-Frage (1923-36) — Selbstbestimmung und Interventionsverbot (151)

Zusammenfassung (157)

Das Problem des totalitären deutschen Nationalismus: Saargebiet 1934, sudenteutsche Gebiete 1938 — Vorschau auf den Wesenszusammenhang zwischen Selbstbestimmungsrecht und menschlichen, Freiheitsrechten (160)

VI. Zweiter Weltkrieg und Entwicklung bis 1947

162

Die Slowakei und Kroatien 1939 — das selbstbestimmungswidrige Ausgreifen der Achsenmächte und Sowjetrußlands 1935-41: Äthiopien, Albanien, Böhmen-Mähren, Polen, baltische Staaten, Bukowina, die „Wiener Schiedssprüche“ — die *Atlantic Charter*: die begriffliche Verbindung von Selbstbestimmungsrecht und menschlichen Freiheitsrechten — Materialien und Erwägungen zur Völkerrechtsnatur der *Atlantic Charter* — Gandhis „Quit India!“-Botschaft (1942) (162)

Die Wiederherstellung präexistenter Staaten in Anwendung der *Atlantic Charter* ab 1944: die Frage des Zusammenhangs zwischen Staatswiederherstellung und menschlichen Freiheitsrechten, zwischen Selbstbestimmungs- und Menschenrecht (173)

Die Auflösung der dänisch-isländischen Union (1944): Anmerkung über die politisch-juristischen Voraussetzungen der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Form eines evolutionären Verfassungsüberganges (vier Elemente eines modernen Selbstbestimmungsvorgangs) (177)

Anfänge der Entkolonisierung: de Gaulles Rede in Brazzaville 1944 — der Verfassungsübergang in Indien, Burma und Ceylon; indische Entwicklungen (Pondichéry, Haydarabad, Jammu und Kaschmir, Goa); die Entstehung des pakistanischen Staates — das Problem: Selbstbestimmungsrecht und Friedenspflicht — Indonesien: die Entwicklung bis zum Eingreifen der UNO (179)

VII. UNO-Satzung und UNO-Beschlüsse zum Selbstbestimmungsbe- griff (1945-60)

194

Die UNO-Satzung: Analyse der Artt. 1, 55, 56, 73 und 76 — der „Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker“; die mittelbare Begründung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Statuierung satzungsmäßiger Pflichten von UNO-Mitgliedstaaten, Zustände zu dulden bzw. Bestrebungen zu fördern, die zur Selbstbestimmung führen (können bzw. sollen) (194)

Die Entschließungspraxis der UNO-Vollversammlung zur Selbstbestimmungsfrage: das Problem der völkerrechtlichen Positivierung des Selbstbestimmungsgrundsatzes; vier mögliche Anknüpfungspunkte (Nationalitätsprinzip oder, aus Geist und Buchstaben der UNO-Satzung gewonnen: Verselbständigung abhängiger Gebiete, Menschenrechte und Grundfreiheiten, völkerrechtliche Friedenspflicht) — die Verknüpfung mit den geplanten Durchführungsabkommen zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (1948), Auswirkungen auf das sich entfaltende Entkolonisierungs- und Friedenssicherungsrecht; die Frage der Verfügungsgewalt über die eigenen Rohstoffquellen und Naturschätze — der Bezug zu den heraufkommenden Entwicklungsproblemen; die zwei programmatischen UNO-Vollversammlungs-Entschließungen von 1952 — ein wichtiges Echo außerhalb der UNO: die Konferenz von Bandung (ihre Erkl. v. 24. April 1955) — Fortgang der Arbeiten an einer ‚völkerrechtlichen Legaldefinition‘ des Begriffs „Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker“: die Wandlung des Selbstbestimmungsgrundsatzes zum „Recht auf Selbstbestimmung“ — die Umschreibung des Begriffs durch den III. Ausschuß der UNO-Vollversammlung (Beschluß v. 29. Nov. 1955): „Selbstbestimmung“ als Ergebnis äußerer und innerer Freiheit des Gemeinwesens (die Anregung von Bandung) (203)

Das vorläufige Endergebnis der Entwicklung: Vorgeschichte und Verabschiedung der „Erklärung über die Zuerkennung der Unabhängigkeit an Kolonialgebiete und -völker“ v. 14. Dez. 1960 — völkerrechtsgeschichtlicher Standort des sowjetrussischen Antrags und der Erklärung selbst; Inhaltsvergleich mit einschlägigen UNO-Satzungsbestimmungen; Rechtsnatur (214)

Zusammenfassung der Ergebnisse: Wandlung, Rückwandlung und Verwandlung des Selbstbestimmungsgedankens 1918/1945/1960 (Thesen) (223)

VIII. Die Anwendung des Selbstbestimmungsgrundsatzes unter alliierter und westlicher Verantwortung 1947-62 — ausschließlich Deutschlands

226

Die Lösung der Indonesienfrage: die ersten UNO-Beobachter; südmolukkische Schwierigkeiten — Korea: Mißlingen der Treuhandpläne und Landesteilung — das Gegenbeispiel: Österreich (226)

Tätige Mithilfe der UNO in Selbstbestimmungsfragen: die italienischen Kolonien (Somaliland, Eritrea, Libyen) — völkerrechtsgeschichtliche Bedeutung der libyschen Entwicklung (239)

Tunis und Marokko 1942-56 — Art. 27 Abs. 2 der 1946er französischen Verfassung und seine selbstbestimmungsrechtliche Bedeutung — die französische Haltung in der UNO anlässlich der tunesisch-marokkanischen Streitfrage — rechtliche Würdigung der Standpunkte (246)

Vergleichbare Vorgänge: Puerto Rico, Färöer, Niederländische Antillen — Grönland, Alaska, Hawaii (254)

Algerien 1943-62 (259)

Gegenbeispiele aus dem britischen Bereich: Sudan und Cypern (273)

Entkolonisierungsentwicklungen zwischen dem Südrand der Sahara und dem Sambesi seit Mitter der 50er Jahre (284)

Die Entwicklung von Treuhandgebieten zur Unabhängigkeit: Togo, Kamerun, Somalia — die Vereinigung der beiden somalischen Gebiete (298)

Zusammenfassung (307)

IX. Deutsche Selbstbestimmungsfragen

316

Einleitung (316)

Die Fragestellung für die Gebiete westlich der Oder-Neiße-Linie 1945-47 (320)

Die Saarfrage 1945-54 (325)

Die Lösung der Saarfrage 1954-56 (336)

Zusammenfassung (341)

Die gegenläufige Entwicklung im Geltungsbereich des Potsdamer Protokolls — Rechtsnatur und Tragweite des Protokolls — die Verfassungsentwicklung im Westen und im Osten der deutschen Besatzungszonen, unter Selbstbestimmungsgesichtspunkten betrachtet — Ergebnis: Bonner Grundgesetz und 1949er DDR-Verfassung (344)

Zusammenfassung (372)

Die Entwicklung der deutschen Frage seit 1950, unter Selbstbestimmungsgesichtspunkten betrachtet: Bundesrepublik und DDR — die 1968er DDR-Verfassung: staatstheoretische und politisch-psychologische Erwägungen und Argumente — die „deutsche Wiedervereinigung“: Problemstellung, Verfahrensvorschläge — der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und seine Begleitpapiere (376)

Zusammenfassung (402)

X. Die allgemeine Entwicklung von 1960/62 bis zur Gegenwart 409

Die rechtlichen Fragestellungen, insbesondere im Licht der UNO-Praxis (409)

Das sog. „Verzögerungsverbot“ (412)

Entkolonisierung und Verfassungsübergang: der Zusammenhang zwischen Staatsverselbständigung und Menschenrechtsgewähr — ein Beispiel: Äquatorial-Guinea und das Problem des sog. „*non-representative system*“ — die portugiesischen Kolonien, Südrhodesien — das System der „territorial-ethnischen Parzellierung“ in Südwest- und Südafrika — Zusammenfassung (415)

Grenz- und Gebietsfragen: Vereinigung und Trennung von Gebieten (Tanzania, Malaysia, Westirien, Bahrein u. a.) — Katanga und Biafra — Bengalen („*Bangla Desh*“) — UNO-Stellungnahmen zum Verfahren in Selbstbestimmungsfragen: Falkland-Inseln, Gibraltar, Französisch-Somaliland — Lösungen und Lösungsvorschläge außerhalb der UNO: Puerto Rico, Nordirland, Bernischer Jura — Zusammenfassung (439)

Der Selbstbestimmungsgrundsatz als zwingendes Recht? UNO-Beschlüsse und -Techniken (Vollversammlung, Weltsicherheitsrat — die sechs Steigerungsstufen der rechtlichen Hilfsmittel) — das vorläufige Ergebnis: die Friedensgefährlichkeit selbstbestimmungswidriger Sachlagen, der „Kalte Krieg“ der UNO zum Zweck ihrer Beseitigung, die Begriffsverknüpfung von Selbstbestimmungs- und Menschenrecht in neuester Entwicklung; die Rechtsnatur des Selbstbestimmungsgrundsatzes nach dem gegenwärtigen Stand (466)

Zusammenfassung (484)

XI. Ergebnis der Entwicklung — Zukunftsfragen 487

Die UNO-„Legaldefinitionen“ des Begriffs „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ — Wortlaut, Inhalt, rechtliche Bedeutung, Problematik (487)

Zusammenfassung der Ergebnisse: Definitionen, Analysen, Thesen (498)

Schwierigkeiten und Gefahren für die nächste Zukunft: typische Formen der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (502)

Schlußfolgerungen (505)

Anhänge

A. Dokumente und Exkurse	511
1. Das Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie (1899)	511
2. Zur Frage der südslawischen Irredenta in der habsburgischen Monarchie	512
3. Programmatische Erklärungen der II. und III. Internationale zum Selbstbestimmungsrecht der Völker	514
a) EntschlieÙung des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses (London 1896) (514)	
b) Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Brüssel/London 1903) (514)	
c) EntschlieÙung der VII. Allrussischen Konferenz der SDAPR (B) (v. 2./15. Mai 1917 — Auszug) (515)	
d) EntschlieÙung des II. Allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte (sog. „Dekret über den Frieden“) v. 26. Okt./8. Nov. 1917 (516)	
e) Erklärung des Rates der Volkskommissare („Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“) v. 2./15. November 1917 (518)	
f) Austausch von Erklärungen über die Friedensgrundlagen zwischen den Abordnungen der Sowjetregierung und der Regierungen der Mittelmächte (Brest-Litowsk, 22./25. Dezember 1917) (519)	
g) Austausch von Erklärungen über die Friedensgrundlagen zwischen den Abordnungen der Sowjetregierung und der Regierungen der Mittelmächte (Brest-Litowsk, 12./13. Januar 1918) (521)	
h) Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolchewisten) v. 22. März 1919 — Auszug (524)	
4. Selbstbestimmungs- und Selbständigkeitserklärungen 1917/18 (Auswahl)	525
a) Finnland (525)	
α) Beschluß des Landtags v. 15. November 1917	
β) Beschluß des Landtags v. 4. Dezember 1917	
γ) Beschluß des Rates der Volkskommissare v. 22. Dezember 1917	
b) Estland (529)	
α) Erklärung der liv- und estländischen Ritterschaften v. 27. Januar 1918	
β) Unabhängigkeitserklärung v. 24. Februar 1918	
c) Lettland (532)	
α) EntschlieÙung der Lettischen Politischen Konferenz v. 30. Juli 1917	
β) Erklärung des Lettischen Nationalrats v. 7. Juli 1918	
γ) Unabhängigkeitserklärung v. 18. November 1918	
d) Litauen (534)	
α) Erklärung des Litauischen Landesrats v. 11. Dezember 1917	
β) Adresse des Litauischen Landesrats an die Regierungen Rußlands, Deutschlands und anderer Staaten v. 16. Februar 1918	

- e) Polen (535)
 - α) Erklärung des Regentschaftsrats v. 7. Oktober 1918
 - β) Dekret des Marschalls Józef Piłsudski v. 14. November 1918
 - f) Tschechoslowakei (537)
 - α) Unabhängigkeitserklärung (Washington) v. 18. Oktober 1918
 - β) Aufruf des Tschechischen Nationalrats (Prag) v. 28. Oktober 1918
 - γ) Erklärung des Slowakischen Nationalrats v. 30. Oktober 1918
 - δ) Geheime Zusatzklausel zur Erklärung des Slowakischen Nationalrats v. 31. Oktober 1918
 - g) Rumänien (542)
 - α) Urkunden zur Staatsgründung 1918/19:
 - (1) Erklärung des Rumänischen Nationalrats für die Bukowina v. 27. Oktober 1918
 - (2) Beschluß der Großen Rumänischen Nationalversammlung zu Karlsburg v. 18. November/1. Dezember 1918
 - β) Das Siebenbürgisch-Sächsische Volksprogramm:
 - (1) Erklärung von Mediasch v. 8. Januar 1919
 - (2) Erklärung von Schäßburg v. 5./6. November 1919
 - γ) Erklärungen der Banater Schwaben:
 - (1) Erklärung von Temeschburg v. 10. August 1919
 - (2) Erklärungsaustausch mit der rumänischen Regierung (Hermannstadt, 15. August 1919)
 - h) Südslawien (549)
 - α) Erklärung von Korfu v. 7./20. Juli 1917
 - β) Urkunden zur südslawischen Staatsgründung:
 - (1) Satzung des Nationalrats der Serben, Kroaten und Slowenen (Agram, 6./8. November 1918)
 - (2) Unabhängigkeitserklärung (Genf, 9. November 1918)
 - (3) Erklärung des montenegrinischen Landtags v. 13./26. Nov. 1918
 - (4) Beschluß des Südslawischen Nationalrats (Agram, 24. Nov. 1918)
 - (5) Austausch von Erklärungen zwischen den Abgeordneten des Nationalrats in Agram und dem serbischen Prinzregenten v. 1. Dez. 1918
 - i) Manifest Kaiser Karls v. 16. Oktober 1918 (556)
5. Dokumentarzeugnisse zum türkischen „Unabhängigkeitskrieg“ 557
- a) Erklärung von Erzurum v. 23. Juli/7. August 1919 (557)
 - b) Der türkische „Nationalpakt“ (*Abdi milli*) v. 17. Februar 1920 (558)
6. Zur Entwicklung der Memel-Frage 1919-39 559
7. Zum Konflikt zwischen kollektivem Selbstbestimmungsrecht und individuellen Menschenrechten innerhalb von ans damalige Deutsche Reich angrenzenden deutschen Volksgruppen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges 564
- a) Schreiben des Führers der saarländischen christlichen Gewerkschaften Kiefer, an Hitler v. 5. Juli 1934 — Auszug (564)
 - b) „Abschied in Ehren“ — Leitartikel der letzten Ausgabe der Tageszeitung „Sozialdemokrat“ (Prag, 9. November 1938) (567)
8. Die Verselbständigung der Philippinen 568
- a) Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika v. 4. Juli 1946 (568)

b) Vorläufiges philippinisch-amerikanisches Abkommen v. 4. Juli 1946 (569)	
9. Zur rechtlichen Problematik der polnischen Volksabstimmung am 30. Juni 1946	570
10. Verfassungsurkunde des Saarlandes v. 15. Dezember 1947 (Vorspruch)	573
11. Aus Beschwerden der Bundesregierung gegen die Verfassungspraxis im Saargebiet 1950-53	574
a) Erklärung des Bundeskanzlers v. 10. März 1950 (574)	
b) Memorandum der Bundesregierung an den Generalsekretär des Europarates betr. Verletzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten im Saargebiet v. 29. Februar 1952 (576)	
c) Memorandum der Bundesregierung an den Generalsekretär des Europarates betr. politische Unfreiheit im Saargebiet v. 5. Mai 1953 (579)	
12. Zur Frage der Feststellung des Selbstbestimmungswillens einer Bevölkerung nach UNO-Recht	584
a) UNO-Vollversammlungs-Entschließung v. 27. November 1953, Nr. 742-VIII — Auszug (586)	
b) Anlage zur Entschließung vom 27. November 1953 („Merkmale, die darauf hindeuten, daß die Unabhängigkeit oder eine andere Form eigenständiger Regierungsgewalt erreicht ist“) (587)	
c) Anlage zur Vollversammlungs-Entschließung v. 15. Dezember 1960, Nr. 1541-XV („Grundsätze für die Feststellung, ob für Mitgliedstaaten eine Verpflichtung zur Übermittlung von Auskünften gemäß Art. 73 Buchst. e der Satzung besteht“) (592)	
13. Ein Beispiel für die Verselbständigung eines ehemals kolonialen Gebiets: Ghana 1946-60 — kurze Übersicht	595
14. „Der Kongo und seine Unabhängigkeit“, von <i>A. E. de Schrijver</i> , ehem. Minister des Kongo und für Ruanda-Urundi (1959-60)	599
15. Bericht des Untersuchungsausschusses der UNO-Vollversammlung über die Ereignisse in Ungarn 1956 (UN-doc. A/3592 v. 7. Juni 1957)	606
16. Überblick über die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Südrhodesiens 1888-1972 unter Selbstbestimmungsgesichtspunkten	611
Annex zum Exkurs: Das Befragungsverfahren des britischen Untersuchungsausschusses für Südrhodesien (<i>Pearce Commission</i>) (633)	
17. Übersicht über die jurassische Frage 1947-71	637
18. Kurze Übersicht über die Südtirolfrage unter Selbstbestimmungsgesichtspunkten 1919-72	649
19. Materialien zur nordirischen Krise 1969-72	660
a) Erklärungen grundsätzlichen Charakters (662)	

α) John Lynch, irischer Ministerpräsident (13. August 1969)	
β) Rt. Hon. J. D. Chichester Clark, nordirischer Ministerpräsident (14. August 1969)	
γ) Appell der nordirischen katholischen Bischöfe (12. September 1971)	
b) Erklärungen des Ministerpräsidenten Lynch zur irischen Wiedervereinigungsfrage 1969-71 (663)	
c) Erklärungen von britischer Seite 1971 (666)	
α) Guild Hall Speech des Prime Minister v. 9. November 1971	
β) Unterhausrede des Oppositionsführers v. 25. November 1971	
d) Erklärung des britischen Prime Minister v. 24. März 1972 (669)	
20. Erklärung der UNO-Vollversammlung über Völkerrechtsgrundsätze betr. freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten gemäß der UNO-Satzung (UNO-Vollvers.-Entschl. v. 24. Okt. 1970, Nr. 2625-XXV) — Auszug	670
21. Das Übereinkommen von Addis Abeba über die Regionalautonomie für den Südsudan vom 27. Februar/3. März 1972	673
a) Agreement on the Cease Fire in the Southern Region — Auszug (674)	
b) Protocols on Interim Arrangements — Auszug (674)	
c) The Southern Provinces Regional Self-Government Act 1972 (678)	
d) Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Südsudan (685)	
α) Anhang A zur Vereinbarung über das Regionalautonomieggesetz	
β) Geltende verfassungsgesetzliche Bestimmungen	
γ) Gegenüberstellung	
e) „What the Agreement means“ (by Robin Bukley) (687)	
B. Nachträge	689
1. Deutsche Selbstbestimmungsfragen (zu Kap. IX) (689)	
Anhang: Der Begriff „Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte“ im Licht der deutschen Selbstbestimmungsfrage (694)	
2. Namibia/Südwestafrika (zu Kap. X) (699)	
3. Puerto Rico (zu Kap. X) (704)	
4. Berner Jura (zu Kap. X und Anhang A Nr. 17) (705)	
C. Chronologisches Verzeichnis der verwerteten UNO-Quellen	707
Abkürzungsverzeichnis	717
Schrifttum	719
Register	744